DIMITRI SPECK

Sicheres Geld

MARTIN WEISS / MIKE LARSON

Sonderanalyse: Europas Ruin
Mai 2014

So schützen und vermehren Sie Ihr Vermögen als kritischer Anleger Mai 2014

Inhalt

Vom Friedensnobelpreis zum Ruin: Europa frisst sich selber auf 1

Von Europa zur Europäischen Union – Nicht nur der Euro entwickelt sich in eine gefährliche Richtung 2

Wie demokratisch ist die EU tatsächlich? 4

Keiner trage des anderen Last . 6

Wer zahlt in Europa drauf – und wer profitiert? 6

Die EU verbrennt unsere Steuergelder 8

Heerscharen von Lobbyisten „beraten“ 9

EU umbauen, Euro abschaffen – Nur so kann sich Europa retten! 11

Der Euro spaltet Europa: Schützen Sie sich und Ihre Geldanlagen – jetzt! 12

unabhängig – anzeigenfrei – Investor Verlag – geprüfte Performance –

Tragen Sie noch heute Ihre E-Mail-Adresse ein unter:
www.sicheres-geld.de

So erfahren Sie frühzeitig von akuten Bedrohungen für Ihr Vermögen und können sich profitabel positionieren.

Vom Friedensnobelpreis zum Ruin: Europa frisst sich selber auf

Gastbeitrag von Matthias Weik und Marc Friedrich

„Jede Demokratie, die ihre Konflikte nicht austrägt, hört auf, demokratisch zu sein.“
Günter Grass

Lieber Leser,

bisweilen fragen wir uns, nach welchen Kriterien das Nobelpreis-Komitee in Oslo eigentlich die Friedensnobelpreis-Träger aussucht. Nachdem schon die Euphorie über die 2009 an Barack Obama verliehene Auszeichnung schnell verflogen war – der Präsident war damals noch kein Jahr im Amt –, rieben sich viele erst recht die Augen, als 2012 die Europäische Union für ihre Verdienste „zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“ geehrt wurde. In historischer Perspektive, nach den Schrecken zweier Weltkriege, ist der Prozess der europäischen Einigung nach 1945 ohne Frage ein epochaler Verdienst. Und wir bestreiten auch nicht, dass die EU und deren „Vorgänger“ Montanunion, EWG und EG am Entstehen einer europäischen Friedensordnung einen wesentlichen Anteil haben.

Aber angesichts der Ausschreitungen auf unzähligen Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und EU-Spardiktate ist ein Friedensnobelpreis für die heutigen EU-Technokraten unserer Ansicht nach blanker Hohn: Da wurde mit einem blauen Schleifchen ein Kleid aufgehübscht, das nach mehrmaligen Änderungen so vermurkst ist, dass es niemand mehr tragen möchte. Für uns als überzeugte Demokraten und Europäer ist die Europäische Union, so, wie sie heute verfasst ist und agiert, weder demokratisch, noch fördert sie nachhaltig das Zusammenwachsen unseres schönen Kontinents.

Ganz im Gegenteil: Die EU treibt einen Keil zwischen die Völker und sät Armut, Arbeitslosigkeit und teilweise sogar Hass. Regierungen und Brüsseler Technokraten zerstören das, was unsere Großeltern, Eltern – und ein Stück weit auch wir – aufgebaut haben. Zudem wurden während der Krise zahllose europäische Verträge oft genug mit Füßen getreten.

Gesetzesbrüche und Lügen am laufenden Band

Ein Armutszeugnis und eine Bankrotterklärung für die Demokratie sind vor allem die Lippenbekenntnisse, derer sich Politik und Wirtschaft seit Jahren bedienen, wenn es darum geht, ein verrottetes Finanzsystem am Leben zu erhalten. Dafür legen sie nicht nur fortwährend ein falsches Zeugnis ab – sie missachten auch die Gesetze immer wieder aufs Neue. Von uns Bürgern wird zu Recht erwartet, dass wir uns an die Gesetze halten. *Warum ist es jedoch legitim, dass Staaten, Regierungen, Notenbanken, somit Politiker und Banker, gegen Recht und Gesetz verstoßen dürfen?* Seinen Anfang nahm dieses Gebaren bei den Maastrichter Verträgen von 1992.

Schuldengrenze und Stabilitätspakt: Nur schöner Schein!

Der Gesamtschuldenstand und jährliche Haushaltsdefizite jedes Staates, der den

Fortsetzung auf Seite 3

Von Europa zur Europäischen Union – Nicht nur der Euro entwickelt sich in eine gefährliche Richtung

Lieber Leser!

Jahrtausendelang gab es in Europa einen Krieg nach dem anderen, darunter auch so verheerende wie den Dreißigjährigen Krieg, den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Damit sollte ein für alle Mal Schluss sein: Wieso sich gegenseitig abschlachten? Weshalb die Grenzen immer wieder gewaltsam neu ziehen? Warum immer wieder zerstören und von neuem aufbauen? „Nie wieder Krieg!" lautete die Devise nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Idee war gut: Ein einiges Europa sollte Krieg verhindern und Wohlstand schaffen

„Ein Europa" – diese Idee war bestechend: Reisen und Freizügigkeit sollten der Völkerverständigung und dem gegenseitigen Verständnis dienen. Der freie Handel sollte den Wohlstand mehren. Übergeordnete Instanzen sollten Streitigkeiten friedlich schlichten. Konsequent wurde an der Umsetzung dieser Ziele gearbeitet. Und was ist daraus geworden?

Soeben wurde die Rückkehr Griechenlands, das sich wieder Geld fast zu Zinsen wie vor der Eurokrise leihen konnte, an die Kapitalmärkte gefeiert – dabei gibt es so etwas wie einen Markt gar nicht. Das zeichnende Bankenkonsortium kann davon ausgehen, dass zur Not die EZB oder eine andere europäische Rettungsinstitution einspringt. 2001 hatte sich Griechenland den Zutritt zum Euro erschlichen, indem es mit Hilfe von US-Großbanken den Schuldenstand verschleierte. Das Ergebnis war verheerend. Griechenland weist eine Rekordarbeitslosigkeit auf; die Industrieproduktion liegt auf dem Niveau der 1970er-Jahre, die Jugend ist perspektivlos.

Eine politische oder gar juristische Aufklärung der Vorgänge um den Beitritt Griechenlands fand nie statt. Die Akten hält die EZB unter Verschluss – mit Billigung des Europäischen Gerichtshofs. Einer der größten Skandale und verheerendsten Fehlentscheidungen der europäischen Nachkriegsgeschichte wird unter den Teppich gekehrt.

Freuen Sie sich auf Matthias Weik und Marc Friedrich!

Vor einiger Zeit traf ich die Bestsellerautoren Matthias Weik und Marc Friedrich. Heute freue ich mich, Ihnen deren Gastbeitrag für diese Sonderanalyse von *Sicheres Geld* präsentieren zu können. Es ist eine kritische Auseinandersetzung mit der EU und dem Euro; wie immer kehren die Autoren nichts unter den Teppich und kommen klar auf den Punkt – und der ist nicht rosig.

Weik und Friedrich sind ein Phänomen. Als Autoren vorher weitgehend unbekannt, gelang ihnen mit einem kleinen Verlag ein großer Bestseller – das hat es in der Wirtschafsliteratur noch nicht gegeben. Ihr Buch „Der größte Raubzug der Geschichte" war das erfolgreichste Wirtschaftsbuch 2012 und 2013 in Deutschland. Sie sind kritisch, analysieren scharf – und stellen doch vielschichtige Sachverhalte verständlich und spannend dar. Freuen Sie sich mit mir auf ihren Exklusivbeitrag „Vom Friedensnobelpreis zum Ruin: Europa frisst sich selber auf".

Herzlichst Ihr

Dimitri Speck, Chefanalyst *Sicheres Geld* Deutschland

PS: Europa: Ein wunderbarer Kontinent wurde von Bürokraten und Ideologen gekapert.

Impressum

INVESTOR VERLAG

Investor Verlag, ein Unternehmensbereich der FID Verlag GmbH, Redaktion *Sicheres Geld*, Koblenzer Str. 99, 53177 Bonn **Telefon:** 0228 / 955 0430 **Internet:** www.investor-verlag.de **USt.-ID:** DE 811270471: Amtsgericht Bonn, HRB 7435 **Geschäftsführer:** Helmut Graf **Chefredakteure:** Martin Weiss, Mike Larson (Florida, USA) und Dimitri Speck, v.i.S.d.P., (München, Deutschland) **Gutachter:** Peter Baumann, Uwe Rademacher **Satz:** DurchBLICK **Druck:** Druckerei Görres **ISSN:** 1610-1804 **Website:** www.sicheres-geld.de

Copyright 2014 Alle Rechte der deutschsprachigen Ausgabe bei Investor Verlag, einem Unternehmensbereich der FID Verlag GmbH. Nachdrucke und Veröffentlichungen, auch auszugsweise, sind nicht gestattet. Sie erhalten im Rahmen Ihres Abonnements (12 Ausgaben im Jahr) zusätzlich 4 Themenschwerpunkt-Hefte, die gesondert in Rechnung gestellt werden. Die Performance dieses Dienstes wird laufend von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Unsere Informationen sind ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Risikohinweis: Die Informationen basieren auf Quellen, die wir für zuverlässig halten. Die Angaben erfolgen nach sorgfältiger Prüfung, jedoch ohne Gewähr. Gute Ergebnisse in der Vergangenheit garantieren keine positiven Resultate in der Zukunft. Aktien- und Derivateanlagen bieten hohe Chancen auf Gewinne bei zugleich höherem Verlustrisiko. Die Aktien- und Derivateanlage beinhaltet spekulative Risiken, die im negativsten Fall bis zu einem Totalverlust der investierten Mittel führen können. Daher wird ausdrücklich davon abgeraten, die gesamten Anlagemittel nur auf wenige Aktien/Derivate zu konzentrieren oder für diese Investments Kredite aufzunehmen. Limitierte Kaufaufträge sichern Sie ab! Kaufempfehlungen, bei denen Limitpreise als Höchstgrenze genannt sind, sollten unbedingt als limitierte Kauforder weitergeleitet werden! Damit akzeptieren Sie maximal den angegebenen Kurs.

Disclaimer: Wir machen Sie vorsorglich darauf aufmerksam, dass die im *„Sicheres Geld"* enthaltenen Finanzanalysen und Empfehlungen zu einzelnen Finanzinstrumenten eine individuelle Anlageberatung durch Ihren Anlageberater oder Vermögensberater nicht ersetzen können. Unsere Analysen und Empfehlungen richten sich an alle Abonnenten und Leser unseres Börsenbriefes, die in ihrem Anlageverhalten und ihren Anlagezielen sehr unterschiedlich sind. Daher berücksichtigen die Analysen und Empfehlungen dieses Börsenbriefes in keiner Weise Ihre persönliche Anlagesituation. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass diese Publikation nur von der Person gelesen und genutzt werden darf, die im Abonnementvertrag aufgeführt ist. Die Publikation – elektronisch oder gedruckt – ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch den Investor Verlag, einem Unternehmensbereich der FID Verlag GmbH, gestattet.

Für alle Fragen/Mitteilungen, die das Abonnement, Versand, Rechnungen etc. betreffen, wenden Sie sich bitte an: *Sicheres Geld*, c/o Leserservice, Koblenzer Straße 99, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9550430.

Österreichische und Schweizer Leser wenden sich bitte an: Österreich: Service Center, Senderstr. 10, A-6960 Wolfurt-Bahnhof, Tel.: +43 (5574) 52149, Fax: +43 (5574)52153, E-Mail: kundenservice@vnr.at · Schweiz: Kundenservice, Gaiserwaldstr. 14, CH-9024 St. Gallen, Tel.: +41 (71)311 62 71, Fax: +41 (71) 311 62 72, E-Mail: vnr-ch@guell.ch

Euro als amtliche Währung besitzt, dürfen zwei klar definierte Richtwerte nicht überschreiten, die sich beide am Bruttoinlandsprodukt (BIP) orientieren. Dies regelt Artikel 126 („Stabilität der öffentlichen Finanzen“) des „Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV), der alle Staaten verpflichtet, „eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand (…) ohne übermäßiges Defizit“ anzustreben.

Konkret: „Das jährliche öffentliche Haushaltsdefizit (Neuverschuldung) darf 3 Prozent des BIP nicht überschreiten und die Gesamtschulden der öffentlichen Hand dürfen nicht mehr als 60 Prozent des BIP ausmachen. Zu den öffentlichen Finanzen gehören die Haushalte des Zentralstaates, der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften sowie der Sozialversicherungseinrichtungen. Das 3-Prozent-Kriterium ist ein Richtwert, das heißt, ein Überschreiten wird toleriert, wenn der Wert erheblich und laufend zurückgeht und die Nähe von 3 Prozent erreicht oder er nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und in der Nähe von 3 Prozent bleibt. Gleiches gilt für das 60-Prozent-Kriterium, bei dem ebenfalls ein Überschreiten toleriert wird, wenn der Wert rückläufig ist.“

Dies ist ein Auszug aus den Konvergenzkriterien, wie sie im November 1993 mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht festgelegt wurden. Die ersten Länder, die dagegen verstießen und damit die Tore für alle weiteren Länder geöffnet haben, die noch folgen sollten, waren übrigens Deutschland und Frankreich. Geahndet wurde das nicht; vielmehr machte das Beispiel rasch Schule. Inzwischen hält sich längst kein Land mehr an die Maastrichter Kriterien. Gleiches gilt auch für die sogenannte No-Bailout-Klausel, die ebenfalls ein Teil des Maastricht-Vertrages ist.

Mitten in der Krise werden die Spielregeln geändert

Die betreffende Klausel in Artikel 125 des schon zitierten Vertrages soll sicherstellen, dass ein Euro-Mitgliedsland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Teilnehmerländer haften oder aufkommen muss. Sie soll gewährleisten, dass die Staaten für die Rückzahlung ihrer öffentlichen Schulden selbst verantwortlich bleiben und eine vernünftige Haushaltspolitik betreiben. Risikoprämien, die Folgen einer schlechten Haushaltspolitik einzelner Staaten sind, sind nicht auf Partnerländer übertragbar. So jedenfalls die Theorie, nach der eine automatische Haftung der Mitgliedsländer untereinander und eine Schuldenübernahme ausgeschlossen sind. Ausgehebelt wurden die hehren Ziele im Zuge der griechischen Finanzkrise 2009/10.

Wähler vergessen schnell …

„Folgt nicht den Rattenfängern, die behaupten, es gäbe in Europa einfache Lösungen. Wir sind auf dem richtigen Weg, auch wenn dieser lang und steinig ist. Die Entwicklungen der letzten Monate belegen dies. Wenn ich Professoren höre, die empfehlen, Deutschland solle aus dem Euro aussteigen, dann frage ich mich schon sehr, wie man zu dieser Schlussfolgerung kommen kann“, so Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im August 2013. Schäuble äußerte sich damals zur Krise in Griechenland und den Hilfsprogrammen, die dem überschuldeten Land wieder auf die Beine helfen sollten. Dass

Deutsche Staatsverschuldung in Relation zum BIP, 1991 bis 2013

Die Schuldengrenze von 60 Prozent wurde nicht lange eingehalten.

Quelle: FRED (Federal Reserve Bank of St. Louis)

die EU nicht für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedsländer haftet und nicht für deren Verbindlichkeiten eintritt, war für ihn Schnee von gestern. Die strittige Rechtsfrage, ob Mitgliedsländer einander Kredite geben dürfen, war vom Tisch – und die Kampagne, mit der seine Partei im Europa-Wahlkampf 1999 bei den Bürgern punkten konnte, in Vergessenheit geraten.

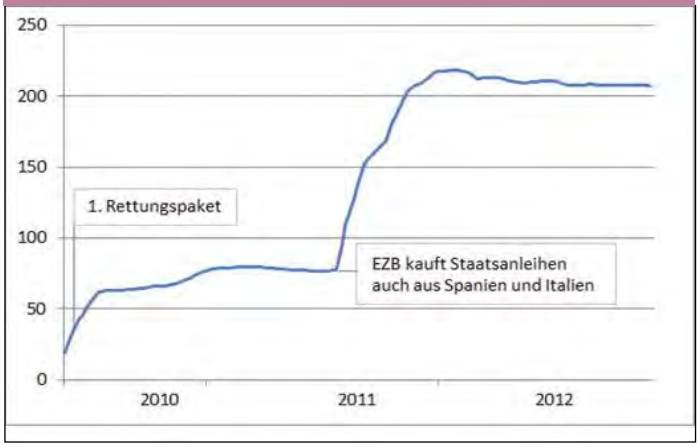
Versprochen wurde uns damals von der CDU,

- dass Deutschland zukünftig nicht für die Schulden anderer Länder aufkommt.
- dass der Maastrichter Vertrag eine Haftung für die Schulden eines Mitgliedstaates durch die EU oder die anderen EU-Partner verbietet und
- dass die Stabilitätskriterien sicherstellen, dass die Neuverschuldung auf unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt bleibt.

… wir aber nicht!

Was hat uns die Union bei der Europawahl 1999, die ganz unter dem Zeichen der bevorstehenden Einführung des Euro

Staatsanleihen im Besitz der EZB, in Mrd. Euro, 2010 bis 2012



Von Mai 2010 an kaufte die EZB massiv Staatsanleihen der Krisenländer auf.

Quelle: EZB, eigene Darstellung

stand, damals nicht alles verheißen? Die neue Währung und die EU wurden uns jedenfalls auch mit dem Versprechen verkauft, dass die Euro-Teilnehmerstaaten ihren Schuldendienst auf Dauer problemlos leisten können und daher die Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats ausgeschlossen sei. Wahllügen einer Partei, die das C für christlich groß schreibt. Heißt es in den zehn Geboten nicht: Du sollst nicht lügen? Auch dieser Frage hätte sich die CDU zu stellen.

Die EZB – Handelsplattform für Staatsanleihen?

Von Mai 2010 bis Anfang 2012 hat die Europäische Zentralbank (EZB) von Krisenländern wie Spanien, Italien, Irland oder Griechenland für mehr als 220 Mrd. Euro Anleihen aufgekauft. Unter Ökonomen ist das Anleiheprogramm heftig umstritten. 136 deutsche Wirtschaftsprofessoren starteten deshalb im Sommer 2013 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen Aufruf, der Furore machte: Die Initiative stand unmittelbar im Zusammenhang mit der nahenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das darüber zu befinden hatte, ob Staatsanleihekäufe grundgesetzwidrig sind, da sie zu Lasten der Steuerzahler gehen. Im Appell der Professoren hieß es unter anderem: „Die Anleihekäufe der EZB sind rechtswidrig und ökonomisch verfehlt.“ Die Praxis sei eine verbotene monetäre Staatsfinanzierung. Die heikle Frage, ob Staatsanleihekäufe grundgesetzwidrig sind, hat das Bundesverfassungsgericht bislang nicht geklärt. Vielmehr wurde die Entscheidung an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg delegiert.

Wie demokratisch ist die EU tatsächlich?

Zu den Kernelementen der Demokratie gehören unter anderem Grundrechte, Gewaltenteilung, ein Parlament sowie direkte, freie, gleiche und geheime Wahlen. Traurig, aber wahr: In der EU hat der Volkssouverän wenig zu melden. Zwar räumt die EU ihren Unionsbürgern das Recht ein, sich durch Europäische Bürgerinitiativen (EBI) aktiv am politischen Prozess zu beteiligen.

Die Hürden dafür liegen allerdings hoch. Eine EBI wird der Europäischen Kommission nur dann vorgelegt, wenn sich mindestens eine Mio. Bürger aus einem Viertel aller Mitgliedstaaten innerhalb von zwölf Monaten hinter einem Anliegen versammeln. Erst dann wird das Begehren geprüft, was aber längst nicht heißt, dass ihm auch stattgegeben wird. In den Verträgen steht lediglich, dass sich die Kommission der Bürgerinitiative annehmen muss. Ob sie das Begehren dann auch angeht und oder gar umsetzt, bleibt ihre alleinige Entscheidung.

Das Parlament hat wenig zu sagen

Lediglich das **Europäische Parlament** wird demokratisch vom Volk gewählt. Allerdings hat es wenig zu sagen, da es größtenteils Beschlüsse formell absegnet. Es beobachtet, kontrolliert, gibt Ratschläge und genehmigt in manchen Fällen; den politischen Kurs der EU allerdings kann es nur bedingt mitbestimmen.

Ein indirektes Mitspracherecht haben die Bürger zudem beim Europäischen Rat und beim Ministerrat, deren Mitglieder die Regierungen der EU-Länder stellen. Volkes Stimme zählt hier insofern mit, da Regierungen innerhalb der EU demokratisch gewählt werden.

Der Rat hat viel Macht …

Die eigentliche Machtzentrale der EU ist der **Europäische Rat.** Er setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedsländer zusammen. Hier werden die allgemeinen politischen Ziele ausgearbeitet; aber es wird auch über besonders sensible und heikle Themen befunden – etwa Änderungen der EU-Verträge, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik oder wirtschaftliche Maßnahmen während der Finanzkrise.

… und dominiert die Kommission

Die **Europäische Kommission**, die das einflussreichste Organ der EU ist, wird vom Europäischen Rat nominiert – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zwar muss die Kommission vom Parlament bestätigt werden, was unter anderem die Gewaltenteilung sichern soll, doch wirkt das wie Hohn angesichts der schwachen Position, die das Parlament innehat.

EZB zieht die Fäden im Bankengeschäft

Ein anderes Organ, auf das der Bürger null Einfluss hat, ist die **Europäische Zentralbank** (EZB), die seit Ausbruch der Finanzkrise immer wieder im Licht der Öffentlichkeit steht. Gemeinsam mit den 28 Nationalbanken der Mitgliedstaaten zieht die EZB die Fäden im europäischen Bankengeschäft. Geleitet wird sie von einem Direktorium und den Präsidenten der 18 nationalen Zentralbanken in der Eurozone. Die Mitglieder des Direktoriums werden von den Regierungschefs der 18 Eurozonen-Länder für jeweils acht Jahre ernannt, also nicht demokratisch gewählt.

Die EZB legt die Geldmenge für die 18 Länder in der Eurozone fest. Dabei soll sie unabhängig von nationalen Regierungen und den anderen EU-Organen agieren. Zu den offiziellen Aufgaben der EZB zählt es, für Preisstabilität zu sorgen und die allgemeine Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten (AEU, Artikel 282). Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sorgt sie für stabil steigende Preise, also eine angepeilte Inflationsrate von ungefähr zwei Prozent. Damit nimmt sie auch in Kauf, dass die Geldmenge innerhalb der Eurozone ständig um etwa zwei Prozent wächst. Ferner verwaltet die EZB die Währungsreserven der Eurozone. Sie legt den Leitzins und die Eigenkapitalquote fest. Da sie die Geldmenge reguliert, stellt sie auch die Kredite der Hilfspakete für die Banken- und Staatsrettungen zur Verfügung, die aus dem Nichts

erschaffen werden. Bis 2012 wurden die Kredite durch die Europäische Kommission genehmigt, bei den Entscheidungen mischt neuerdings der Europäische Stabilitätsmechanismus mit.

„Bei Einführung des Euro hat man uns versichert, Beistandszahlungen seien genauso verboten wie eine Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank. Beide Versprechungen haben sich inzwischen als Lügen erwiesen. Damit ist die Geschäftsgrundlage für den Euro weggefallen."

Prof. Dr. Stefan Homburg Finanzwissenschaftler

Und noch eine Mega-Bank mit gigantischem Kapital

Auch der **Europäische Stabilitätsmechanismus** (ESM) ist eine übernationale Mega-Bank. Kritiker meinen allerdings, der ESM wäre keine echte Bank, da er unter anderem keine Banken-Lizenz besitzt. Allerdings steht in Artikel 32 des ESM-Vertrages geschrieben: „Der ESM ist von jeglicher Zulassung- oder Lizenzpflicht … die für Kreditinstitute [Banken] … gilt, befreit." Ob Bank oder nicht, wichtig ist, was der ESM macht.

Er verfügt über ein Stammkapital von 700 Mrd. Euro, welches von den Steuerzahlern der Eurozone aufgebracht wird. Zum Vergleich: Der Deutschen Bundesbank steht ein Grundkapital von 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Von den 700 Mrd. Euro trägt Deutschland gut 190 Mrd. Euro, also etwa 27 Prozent, womit unser Land der größte Geldgeber ist. Mit diesem Geld sorgt der ESM dafür, dass der Euro stabil bleibt und Länder der Eurozone nicht pleitegehen können. Sollte ein Mitgliedsland wegen Misswirtschaft kein Geld mehr an den Kapitalmärkten bekommen, springt der ESM ein. Er versorgt das Land mit frischem Geld, das auf wirtschaftlich wackligen Beinen steht. Im Klartext: mit Mitteln der europäischen Steuerzahler, die keinerlei Mitbestimmungsrecht darüber haben, wie viel ihres hart erarbeiteten Geldes wohin und an wen fließt.

Ein Geheimzirkel entscheidet an uns vorbei

Ob wankende Staaten Hilfe bekommen oder nicht, bestimmt der **Gouverneursrat des ESM**, der sich aus den 18 Finanzministern der Eurozone zusammensetzt. Der Rat wird von einem Direktorium kontrolliert, über dessen Mitglieder wiederum der Gouverneursrat selbst befindet. Wir halten das für eine Farce: Wer kontrolliert schon seinen eigenen Chef? Nach Artikel 6 des ESM-Vertrages kann der Gouverneursrat seine Befugnisse sogar auf das Direktorium übertragen. Was im Prinzip bedeutet, dass unsere Steuergelder völlig unabhängig vom Willen nationaler Regierungen oder Parlamente vergeben werden können. Nach Artikel 35 genießen die Angestellten des ESM Immunität, die nur vom ESM selbst aufgehoben werden kann. Auch muss der ESM gegenüber der Öffentlichkeit keine Rechenschaft über seine Geschäfte ablegen. Entscheidungsprozesse für die Kreditvergabe bleiben geheim.

Der ESM ist eine Mega-Bank und ein Mega-Schuldenmonster, das auf undemokratischen Beinen steht und fahrlässig mit den Steuergeldern der europäischen Bürgerinnen und Bürgern verfährt. Sollte die EU einmal demokratisch gewesen sein, dann ist sie es spätestens seit Einrichtung des ESM nicht mehr.

„Ich habe kein Problem damit, Deutschlands Haushalts-Souveränität für die Umsetzung des ESM-Vertrages aufzugeben."

Wolfgang Schäuble

Wird ein Rettungspaket vergeben, geschieht das unter scharfen Auflagen. Ausgehandelt werden diese von der sogenannten Troika, die aus Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds besteht. Zur Erinnerung: **Keine dieser Institutionen ist demokratisch gewählt; sie können Steuergelder quasi nach Gutdünken verwenden.**

Demokratisch gewählt, aber begrenzte Rechte

Das einzige Organ der EU, welches direkt-demokratisch gewählt wird, ist das Parlament. Es hat jedoch lediglich begrenzte Einflussmöglichkeiten und bei besonders wichtigen Angelegenheiten, wie etwa der Vergabe von Steuergeldern zur Bankenrettung, nicht einmal ein Mitspracherecht. Gewaltenteilung – das Grundprinzip politisch-demokratischer Herrschaft – kennt die Union nicht. Zu Recht bezeichnete der deutsche Philosoph Jürgen Habermas die EU als eine „Fassadendemokratie", deren Organe ihrer Kontrollfunktion nicht nachkommen können.

Sitzen in Brüssel Diktatoren?

Noch dezidierter formuliert Patrick van Schie, Direktor des niederländischen Think Tanks Telder Stichting, seine Kritik. Er erkennt Brüssel den Status einer Demokratie ab. Seiner Meinung nach ähnelt die EU einer Diktatur, die keinen Widerspruch gelten lässt: „Demokratie in Brüssel bedeutet offenbar, dass die Wähler mit der Politik der politischen Elite übereinstimmen müssen", so Schie.

Doch nicht nur die Bürger der Union werden wie Mündel behandelt, auch die EU-Staaten büßen ihre Souveränität ein, indem sie immer mehr Rechte an die EU abgeben. Transparenz, Partizipation und Kooperation auf Augenhöhe sind wichtige Elemente eines geeinten, demokratischen Europas.

Sollte die EU ihre Arbeitsweise und Strukturen nicht ändern, wird sich die Kluft zwischen Unionsbürgern und EU-Politik noch weiter verbreitern und EU-kritische Kräfte à la longue den überdimensionierten Wasserkopf in Brüssel zu Fall bringen.

Seit Jahren wehren sich kritische Stimmen gegen Bevormundung und undemokratische Entscheidungen. Millionen von Menschen laufen beispielsweise gegen die Privatisierung von Wasserrechten, gegen Fracking, die Zulassung von Gen-Mais oder das Freihandelsabkommen mit den USA Sturm. All das aber wird von der Politik sowohl in Brüssel als auch in Berlin ignoriert.

Europa ist nicht gleichzusetzen mit der Währungsunion oder der Europäischen Union. Europa als Kontinent soll definitiv näher zusammenrücken und gemeinsam sinnvolle Entscheidungen treffen, um sich zu stärken – sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Allerdings ist der aktuelle Weg nicht der richtige, und noch dazu kostspielig und undemokratisch. Man kann einen Kontinent nicht per Gesetz zwingen zusammenzuwachsen.

Keiner trage des anderen Last

„Es wird nicht so sein, dass der Süden bei den sogenannten reichen Ländern abkassiert. Dann nämlich würde Europa auseinanderfallen. Es gibt eine ‚no bail out rule'. Das heißt, wenn sich ein Land durch eigenes Verhalten hohe Defizite zulegt, dann ist weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaat verpflichtet, diesem Land zu helfen."
Dieses Zitat stammt von Horst Köhler, Ex-Bundespräsident und zuvor Chef des Internationalen Währungsfonds.

Das Verbot stört – also wird es gekippt

Tatsächlich sahen die EU-Verträge ursprünglich keine Rettungspakete und Sparmaßnahmen vor; sie waren sogar verboten. Artikel 125 des AEUV-Vertrages, die sogenannte Nichtbeistandsklausel, schloss die Haftung einzelner Mitgliedstaaten für die Schulden anderer Mitgliedstaaten aus. Dahinter stand die Idee, die EU-Länder zur Eigenverantwortung und Finanzdisziplin anzuhalten, damit der Stabilitäts- und Wachstumspakt gewahrt bleiben konnte. Allerdings machten die meisten Ländern mehr Schulden als erlaubt. Sogar Statistiken wurden gefälscht. Da die Nichtbeistandsklausel Rettungspakete strikt untersagte, erdreistete man sich im März 2011 im Zusammenhang mit der Einrichtung des ESM nicht, die Klausel einfach zu kippen.

„Es gibt so wenig zusätzliche Transferleistungen in Europa wie eine Hungersnot in Bayern."
Jean-Claude Juncker, Chef der Euro-Gruppe vor der Einführung des Euro

Wer zahlt in Europa drauf – und wer profitiert?

Wie seit jeher, sind die Hauptzahler die großen Länder wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Allerdings zahlen Schweden und Dänen pro Kopf mit mehr als 200 Euro am meisten ein und damit gut 55 Euro mehr als wir Deutschen. Im folgenden Chart steht Deutschland als Nettozahler 2012 auf Rang 1 mit knapp 12 Mrd. Euro. Man darf aber nicht vergessen, dass deutsche Firmen auch überproportional vom EU-Binnenmarkt profitieren.

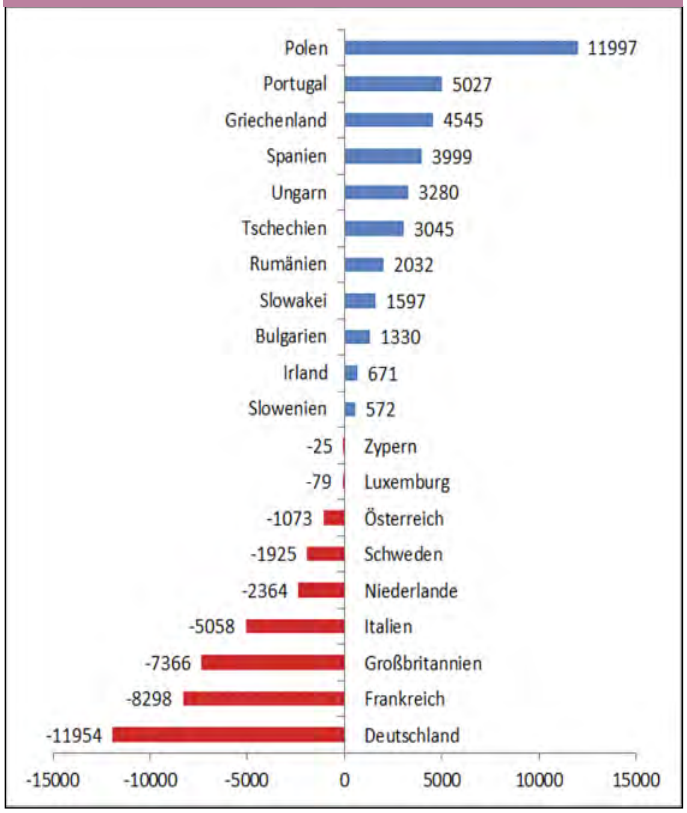
Nettoempfänger sind die südlichen und agrarschweren Länder. Polens Milliarden setzten sich vor allem aus Subventionen für Landwirtschaft, Fischerei und Infrastrukturprojekte zusammen. Fraglich ist natürlich, was passiert, wenn Italien und Frankreich aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten als Zahler wegbrechen sollten.

Willkommen im Schlaraffenland der Bürokraten!

„Der Beamtendienst der EU ist der bestbezahlte in Europa. Selbst gegenüber der deutschen Beamtenschaft leben EU-Beamte in einem Schlaraffenland."
Rainer Holznagel, Präsident des deutschen Bundes der Steuerzahler.

Fiskalisch misst die EU mit zweierlei Maß: Auf der einen Seite geht sie massiv gegen Steuerschlupflöcher und Steueroasen vor. Für die eigenen Mitarbeiter hingegen gelten andere Regeln. Trotz besserer Bezahlung zahlen EU-Beamte nämlich wesentlich weniger Steuern als Beamte, die in Deutschland auf vergleichbaren Posten arbeiten. Wie kann das sein? EU-

Operative Haushaltssalden von Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Mio. Euro, 2012



Deutschland ist der größte Nettozahler in der EU.
Quelle: http://ec.europa.eu/budget/figures/interactive/index_de.cfm

Risikohinweis

INVESTOR VERLAG

Die Informationen basieren auf Quellen, die wir für zuverlässig halten. Die Angaben erfolgen nach sorgfältiger Prüfung, jedoch ohne Gewähr. Gute Ergebnisse in der Vergangenheit garantieren keine positiven Resultate in der Zukunft. Aktien- und Derivateanlagen bieten hohe Chancen auf Gewinne bei zugleich höherem Verlustrisiko. Die Aktien- und Derivateanlage beinhaltet spekulative Risiken, die im negativsten Fall bis zu einem Totalverlust der investierten Mittel führen können. Daher wird ausdrücklich davon abgeraten, die gesamten Anlagemittel nur auf wenige Aktien/Derivate zu konzentrieren oder für diese Investments Kredite aufzunehmen. Limitierte Kaufaufträge sichern Sie ab! Kaufempfehlungen, bei denen Limitpreise als Höchstgrenze genannt sind, sollten unbedingt als limitierte Kauforder weitergeleitet werden! Damit akzeptieren Sie maximal den angegebenen Kurs.

Beamte unterliegen nicht den nationalen Steuersätzen. Statt an den deutschen Staat zahlen sie eine Gemeinschaftsteuer, die in den EU-Haushalt fließt. So zahlt ein alleinstehender Topverdiener an die EU etwa 25 Prozent des Bruttoeinkommens an Steuern. – Wäre er nicht in Brüssel, sondern in Deutschland beschäftigt, hätte er satte 39 Prozent an das Finanzamt abzuführen. Und noch ein Beispiel, das die „Welt am Sonntag“ errechnet hat: Würde ein EU-Referatsleiter, dem ein Nettogehalt von monatlich 11.863,56 Euro zur Verfügung steht, für den deutschen Staat arbeiten, müsste er pro Monat rund 2.000 Euro mehr an Steuern aufbringen.

Für EU-Beamte gelten eigene Regeln – und wir zahlen

Mehr Netto vom Brutto. Wie oft haben wir diesen Slogan von unseren Politikern schon gehört? Für die Beamten der EU, die weder an ihrem deutschen Wohnsitz noch an den Staat Steuern abführen, ist er längst Wirklichkeit geworden. Für sie gelten diverse Sonderregelungen wie zusammengesetzte Steuersätze, hohe Steuerschwellen und beitragsfreie Pensionen. Außerdem bringen sie lediglich 13,3 Prozent ihres Grundgehaltes für Sozialabgaben auf und punkten bei der Krankenversicherung: Dafür zahlen sie lediglich zwei Prozent ihres Grundgehaltes. Was hat das noch mit Gerechtigkeit zu tun? Ist das rechtsstaatlich?

Ein EU-Referatsleiter verdient mehr als die Kanzlerin

Überall wird verlangt, dass gespart und der Gürtel enger geschnallt wird. Das gilt freilich nicht für den Beamtenapparat der EU. Rund 48.000 von ihnen stehen dort in Lohn und Brot, allein 38.000 sind es bei der Europäischen Kommission. Die Beamten können sich über ein überdurchschnittliches Grundgehalt freuen, das jährlich nach einer festen Formel erhöht wird. Augenfällig ist, dass die Anpassung stets höher ausfällt als die offiziell verkündete Inflationsrate der EZB.

Selbst auf dem Höhepunkt der Finanzkrise stiegen die EU-Beamtengehälter um 3,7 Prozent. In Sachen Bruttogehalt übertrumpfen selbst bescheidene Posten bei der EU das Salär unsere Kanzlerin: 4.365 EU-Beamte verdienen mehr als sie. Annähernd so viel wie die Kanzlerin verdient beispielsweise ein Referatsleiter mit Personalverantwortung für eine Abteilung in der Größenordnung von ein paar Dutzend Mitarbeitern.

Da sich die EU ständig vergrößert, wurde mit dem Vertrag von Lissabon eine Reduzierung der Mitglieder der Europäischen Kommission beschlossen. Gekippt wurde das ehrenwerte Vorhaben aber schon wieder im Mai 2013. Seit dem Beitritt Kroatiens im Sommer 2013 zählt die Kommission 28 Mitglieder, die es jeweils auf ein Jahresgehalt in Höhe von 300.000 Euro bringen.

Neben einem fünfköpfigen Kabinett mit diversen Sekretären stehen ihnen laut Bund der Steuerzahler ein Dienstwagen, der monatlich 2.000 Euro Leasing kosten darf, und ein Fahrer zu. Einer internen Studie der EU-Finanzverwaltung zufolge betragen die jährlichen Gesamtkosten für einen der 736 Europa-Abgeordneten 1,2 Mio. Euro.

Selbstbedienung: Wer zur Arbeit geht, bekommt was extra

Zum Vergleich: Ein Bundestagesabgeordneter kostet den Steuerzahler jährlich 972.000 Euro. 23 Sprachen werden in der EU gesprochen, womit 415 Mio. Euro für Übersetzungs- und Dolmetscherkosten zu Buche schlagen. Die drei Standorte in Brüssel, Luxemburg und Straßburg kosten knapp 150 Mio. Euro jährlich. Etwa 154 Tage im Jahr sind die Europa-Parlamentarier an ihren jeweiligen Sitzungsorten präsent. Die Anwesenheit wird vergütet. Und zwar mit 152 Euro pro Tag im Plenum. Diejenigen, die mindestens bei der Hälfte der Abstimmungen teilgenommen haben, erhalten nochmals 152 Euro obendrauf – pro Anwesenheitstag. Und zusätzlich zum Grundgehalt von knapp 8.000 Euro, das jedem EU-Parlamentarier zusteht. Wir fragen uns da: **Warum erhält jemand zusätzlich Geld, wenn er zur Arbeit erscheint? Und warum wird ihm für Nichterscheinen kein Geld abgezogen?**

Ein paar Dutzend zusätzliche Urlaubstage nimmt jeder gerne

Zum üppigen Grundgehalt kommen allerlei Zulagen – steuerfrei versteht sich – und Privilegien. So wird der Schulbesuch oder das Studium der Kinder mit monatlich 330 Euro bezuschusst und – je nach Grundgehalt – eine Haushaltszulage von 200 bis maximal 517 Euro gewährt. Für Heimfahrten fällt Extraurlaub an. Entfernungen von 251 bis 600 Kilometern werden mit zwei Tagen vergütet; bei mehr als 2.000 Kilometern gibt es sechs Sonderurlaubstage. Für Beamte aus Portugal oder Griechenland ergeben sich somit 45 zusätzliche freie Tage im Jahr. Hinzu kommen sogenannte Büroschließtage – Brückentage zwischen Feiertagen, an denen die EU dichtmacht. Allein dadurch kamen in den vergangenen beiden Jahren insgesamt neun zusätzliche Urlaubstage zusammen.

Generös zeigt sich der Arbeitgeber auch in Sachen Dienstbefreiung und Freizeitausgleich. Für die Eheschließung eines Kindes oder einen Umzug gibt es zwei Tage, für die eigene Hochzeit vier, für die Geburt eines Kindes für den Vater zwei Wochen – Mama genießt 20 Wochen Mutterschutz statt der in Deutschland üblichen 14 Wochen. Einmal jährlich werden die Kosten für die Heimreise der EU-Mitarbeiter und ihrer Familien übernommen – Bahnfahrt in der ersten Klasse, versteht sich. Um diesen Urlaub richtig genießen zu können, gibt es zusätzlich freie Tage.

Bei der Erstattung von dienstlichen Reisekosten wird generell „der übliche kürzeste und billigste Reiseweg mit der Eisenbahn in der ersten Klasse“ zugrunde gelegt. Sollte das Reiseziel mehr als 500 Kilometer entfernt sein, darf der Beamte den Flieger nutzen – in der Business Class. Das versteht sich auch.

Beschreiben Sie doch mal Ihrem Chef das EU-Modell …

Bei einer Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden werden Überstunden ebenfalls tolerant verrechnet. Wir empfehlen jedem Angestellten, dieses europäische Modell seinem Chef vorzuschlagen. Ein einfacher EU-Beamter, etwa ein Verwaltungs-

assistent, erhält für jede geleistete Mehrstunde eineinhalb Stunden Freizeit. So Arbeit nach 22 Uhr oder an einem Sonn- oder Feiertag anfällt, erhält er zwei Stunden Freizeit für jede geleistete Überstunde. Hätten wir diese Vergütungen beispielsweise im Gesundheitsbereich, würde uns das gesamte Gesundheitssystem um die Ohren fliegen.

Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung, bei der sich das Rentenalter immer weiter nach hinten verschiebt, können EU-Beamte mit bereits 63 Jahren in Pension gehen. Und auch von ihren Bezügen, für die die Steuerzahler aufkommen, können deutsche Bürger nur träumen.

Eine durchschnittliche EU-Pension beträgt 4.500 Euro, teilweise kann sie auf bis zu 9.000 Euro steigen. Schließlich und endlich produziert Brüssel auch noch seine eigene kleine „Rentnerschwemme". Hatten 2013 noch 19.926 Beamte einen Pensionsanspruch, werden es 2020 bereits 25.432 sein.

Nicht eingerechnet ist da übrigens die Pension für Ratspräsident Herman Van Rompuy, der nach seiner zweiten Amtszeit nicht wiedergewählt werden darf. Ab 2014 steht ihm ein dreijähriges Übergangsgeld von 12.676 Euro monatlich und im Anschluss eine Pension auf Lebenszeit in Höhe von 5.426 Euro zu – monatlich!

EU-Beamtenpensionen und Anzahl der EU-Beamten

Die Kosten für EU-Beamten steigen rapide an.

Quelle: www.heute.at/news/politik/art23660,848932

Die EU verbrennt unsere Steuergelder

Hohe Grundgehälter und Pensionen, kostspielige Privilegien und absurde Hilfsmaßnahmen – jährlich verbrennt die EU Milliarden an Steuergeldern. Im Jahr 2012 beliefen sich ihre Ausgaben auf 138,6 Mrd. Euro. Laut dem Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofes, der für die Kontrolle der EU-Ausgaben zuständig ist, wurden etwa 4,8 Prozent des Haushaltes nicht vorschriftsmäßig ausgegeben. Das entspricht umgerechnet sieben Mrd. Euro Steuergelder, die schlicht verprasst wurden. Ein Ende des finanziellen Missmanagements ist ebenso wenig in Sicht wie ein Sparkurs.

Unsummen versickern in Ägypten, in Serbien …

Obwohl die Union oftmals nicht überblicken kann, was vor Ort genau mit den bewilligten Mitteln geschieht, werden großzügig Steuergelder sowohl an EU- wie auch an Nicht-EU-Länder verteilt. So wurde 2012 ein Hilfspaket für Ägypten in Höhe von fünf Mrd. Euro geschnürt, obwohl in dem Land bereits vor der ägyptischen Revolution Unsummen versickert waren. Oder nehmen wir Serbien, das sich auf dem Weg in die EU befindet und deshalb ab 2007 satte 1,5 Mrd. Euro als Vor-Beitrittshilfe kassiert hat. Allein in den serbischen Energiesektor flossen zwischen 2000 und 2010 circa 521 Mio. Euro. Auf die Beine geholfen haben die Finanzspritzen dem bankrotten Land freilich nicht.

… und im Gazastreifen

Im Gazastreifen versickern ebenfalls Steuergelder. So finanziert die EU mit 1,4 Mrd. Euro im Rahmen des Projekts „Pegase" palästinensische Beamte. Pikant daran ist, dass diese Beamten aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Hamas und der Fatah seit Jahren nicht mehr zur Arbeit erschienen sind, was der zuständigen EU-Kommission bereits seit 2011 bekannt ist. Obwohl der EU-Rechnungshof die Aufwendungen für Beamte kritisiert hat, die keinen Finger rühren, wurde an den Zahlungen mit der Begründung festgehalten, dass diese „ein politisches Instrument" seien, um die Zwei-Staaten-Lösung am Leben zu erhalten.

Im Kongo verschwand eine Mrd. Euro

Schelte vom Rechnungshof gab es auch für die Entwicklungshilfeprojekte, die der Demokratischen Republik Kongo zugutekommen sollten. Zwischen 2003 und 2011 zahlte die EU an die dortige Regierung knapp zwei Mrd. Euro, wovon mindestens **eine Mrd. Euro spurlos verschwunden sind.** Gerade einmal die Hälfte aller Vorhaben, die mit den EU-Entwicklungsgeldern in Angriff genommen werden sollten, wurde realisiert; der Rest kam nicht einmal über das Planungsstadium hinaus.

Die Verantwortlichen hatten schlichtweg ignoriert, wie hoch das Risiko der Korruption im zweitgrößten afrikanischen Land ist. Vorhaltungen des eigenen Rechnungshofes ließ Ratspräsident Herman Van Rompuy nicht gelten. In einer Rede vor dem Europäischen Gerichtshof warf er den Kritikern vor, mit „schlechter PR" dem Image der Union zu schaden.

Auch die Mafia füllt sich ihre Taschen

Über die europäischen Fonds für regionale Entwicklung, die so genannten EU-Regionalfonds, flossen zwischen 2007 und 2013 mehr als 347 Mrd. Euro in verschiedene Mitgliedsländer. Ziel der Maßnahmen ist es, den wirtschaftlichen Aufholprozess in ärmeren Regionen anzukurbeln. Auch hier versickern regelmäßig Gelder. So landeten in Italien hunderte Millionen etwa nicht in einem dafür vorgesehenen kalabrischen Straßenprojekt, sondern in den Taschen der Mafia. Als

der Betrug aufflog, sah sich Italien gezwungen, die bewilligten Gelder in Höhe von 307 Mio. Pfund (etwa 363 Mio. Euro) an die EU zurückzuzahlen. Nicht zu Unrecht befürchtet der Chefermittler der Anti-Korruptionsbehörde der EU, Giovanni Kessler, dass die EU-Länder angesichts ihrer angeschlagenen Staatsfinanzen zukünftig weniger gewillt sein werden, solche Fälle von Betrug und Missbrauch aufzudecken.

Als Eintreiber zweckentfremdeter Mittel hat sich die Anti-Korruptionsbehörde der EU OLAF (Office de lutte antifraude) mit Sitz in Brüssel bewährt. Sie wurde 1999 als Dienststelle der Europäischen Kommission geschaffen und untersteht Giovanni Kessler seit 2010. Seit deren Einrichtung untersucht die Behörde Fälle, die dem EU-Haushalt zum Nachteil gereichen. Abgeschlossen wurden bislang 3.500 Ermittlungen, wodurch mehr als 1,1 Mrd. veruntreuter Gelder an die EU zurückgeflossen sind.

Nach einer Neuorganisation bearbeitete OLAF allein im Jahr 2012 insgesamt 465 Fälle abschließend – so viele wie nie zuvor. Pikant ist, dass die Behörde für Betrugsbekämpfung verschiedentlich selbst ins Kreuzfeuer der Kritik geraten ist, weil sie Hinweisen auf Steuergelderverschwendung nicht nachgegangen ist. Chefermittler Kessler wiederum werden unsaubere Ermittlungsmethoden vorgeworfen, weshalb verschiedentlich der Ruf nach seinem Rücktritt laut wurde.

Heerscharen von Lobbyisten „beraten“

Von Passagierrechten im Reise- und Güterverkehr über soziale und ökologische Mindeststandards bis hin zu wirtschaftlichen Bestimmungen und Zielsetzungen – eine halbe Milliarde Menschen sind von den politischen Entscheidungen der EU betroffen. Es gibt kaum einen Bereich, bei dem Brüssel seine Finger nicht im Spiel hat. Die politische Macht verschiebt sich immer mehr dorthin. Von 23.167 Gesetzen und Verordnungen, die zwischen 1998 und 2004 beschlossen und damit in Deutschland geltendes Recht wurden, stammen nahezu 19.000 aus Brüssel. Zu Recht spricht man gelegentlich vom „Brüsseler Diktat“.

Klüngelei hinter verschlossenen Türen

Von besonders großem Interesse für Lobbygruppen ist naturgemäß die Europäische Kommission, weil sie es ist, die als einziges Organ der EU Gesetzesvorschläge einbringen kann. Unterstützt wird die Kommission von Scharen von Beratern, den sogenannten „Expertengruppen“. Und selbstverständlich geschieht alles hinter verschlossenen Türen. Demokratische Transparenz sieht anders aus. Ob die Fachleute ihre eigenen Interessen ebenfalls hintenanstellen, scheint fraglich, wenn man im Blick hat, wie sich die „Expertengruppen“ zusammensetzen: Sie werden nämlich zumeist von Vertretern privater Unternehmen dominiert. Beispielsweise besteht die Expertengruppe zu Bankenfragen (Group of Experts in Banking Issues) aus 40 Mitgliedern, wovon 37 aus der Finanzlobby kommen. Obwohl aus Brüssel verschiedentlich zu hören ist, man wolle die Beratergremien transparenter und ausgewogener zusammensetzen, bleiben die Verhältnisse unausgewogen. Das Sagen in Europa haben die Interessengruppen, sprich: die Lobbyisten.

Lobbyismus ist nicht nur in der EU ein weit verbreitetes Phänomen. Überall nimmt die Macht der Vertreter kommerzieller Interessen ständig zu. Allein in Berlin arbeiten geschätzt zwischen 5.000 und 6.000 Lobbyisten. **Die Anzahl der Lobbyisten in Brüssel wird auf 20.000 beziffert.** Wohlgemerkt: In einer Demokratie, die ja wesentlich auf dem Ausgleich der Interessen und auf Kompromissen zwischen gesellschaftlichen Gruppen beruht, scheint es völlig in Ordnung, dass Vertreter von allerlei Organisationen, Verbänden oder Branchen ihre Standpunkte und Expertisen in den Prozess der politischen Willensbildung einbringen. Am besten natürlich dort, wo sich diese Willensbildung vollzieht: im Parlament.

Nicht der geringste Vorteil dabei ist, dass Parlamente – und zumindest im Prinzip auch deren Ausschüsse oder Enquete-Kommissionen – öffentlich tagen. So kann sich jeder Bürger eine eigene Meinung darüber bilden, ob ihn gegebenenfalls die Argumente der Arbeitgeberverbände oder der Gewerkschaften mehr überzeugen – ob die der Energiekonzerne oder die des Bundes für Umwelt und Naturschutz. Und Abgeordnete müssen sich gegebenenfalls auch Fragen gefallen lassen, warum sie bei der Verabschiedung des Gesetzes 08/15 den Argumenten der einen gegenüber denen der anderen den Vorzug gegeben haben.

Licht an im Besprechungsraum …

Außerdem müssen wir realistisch sein. Sehr große Teile von Gesetzgebung sowie zugehörigen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen sind verwaltungstechnisches Kleinkram. Deshalb mag es in Maßen auch noch in Ordnung sein, wenn Lobbyisten sich in Ministerien und Verwaltungen zu Wort melden. Doch je weiter dieses Treiben sich vom Souverän – dem Volk und seinen gewählten Repräsentanten – entfernt, desto wichtiger wird es, erstens die Türen schärfer zu kontrollieren und zweitens die Beleuchtung im Besprechungsraum aufzudrehen. Anders gesagt: Im Alltag bedarf es strenger Regeln und absoluter Transparenz für das Wirken von Lobbyisten. Die Bürger haben ein unbedingtes Recht zu wissen, wer im Zweifelsfall wem welche gut gemeinten Ratschläge geben darf.

… oder Lobbyisten werden Feinde der Demokratie

Leider läuft es in der Praxis genau umgekehrt: Wenn Lobbyisten bei einer Anhörung des Parlaments auftreten, halten sie meist dieselben Sonntagspredigten, die man auch auf der Homepage ihres Auftraggebers nachlesen kann. Wenn sie dagegen auf den Fluren eines Ministeriums antichambrieren, werden sie nicht nur Tacheles mit Ministerialdirektor Müller reden – es wird auch niemand mitbekommen. Wenn dies zur traurigen Regel wird, wird Lobbyismus zum wahren Feind der Demokra-

tie. Denn die meisten Entscheidungen fallen dann unter dem Einfluss völlig partikularer Interessen.

Viele mag das auf den ersten Blick erstaunen: Aber Lobbyismus schadet auch der Wirtschaft. Hier sind wir uns mit dem 1998 verstorbenen US-Ökonomen Mancur Olson einig, der Interessengruppen für das ständige Auf und Ab in der Wirtschaft verantwortlich macht. Seine These: Je stärker Interessengruppen werden, umso schlechter geht es der Wirtschaft eines Landes. Interessengruppen kennen nur ein grundsätzliches Anliegen: Sie wollen die Einkommen ihrer Mitglieder vermehren. Das klappt, wenn die Gesamtwirtschaft wächst oder der Kuchen entsprechend umverteilt wird. In der Praxis streben die Lobbyisten aber allein nach Umverteilung zugunsten ihrer eigenen Klientel. Würden sie nämlich etwas durchsetzen, das der gesamten Wirtschaft nützt, würden ja auch Nichtmitglieder ihres Zirkels profitieren – zum Beispiel Branchen mit Interessen, die den eigenen mehr oder minder widerstreben. Beispiel: Kohlelobby versus Solar- oder Windlobby. Oder gesellschaftliche Gruppen mit geradezu entgegengesetzten Interessen. Beispiel: Lebensmittel-Lobby versus Verbraucherschutzverbände. Sorgen sie für Umverteilung, kommt der Vorteil ihrer Gruppe allein zugute.

Die Wirtschaft schickt ihre Truppen nach Brüssel

Wer sich vor Augen führt, welche Macht Brüssel den Lobbyisten einräumt, dem wird bitter aufstoßen, wie gering das Mitspracherecht der Bevölkerung bei Entscheidungen der EU ist. Wie gesagt: Schätzungsweise 20.000 Lobbyisten nehmen Einfluss auf die verschiedenen Organe in Brüssel. Etwa 70 Prozent von ihnen arbeiten für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Es liegt auf der Hand, dass sie sich vor allem für die Interessen ihrer Arbeitgeber einsetzen, und nicht etwa für die Menschen in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Die restlichen 30 Prozent kommen von Nichtregierungsorganisationen, aus Ideenfabriken oder von gemeinnützigen Gruppen.

Der Kampf ums blaue Gold ist voll entbrannt

Wie durchsetzungsfähig die Lobbyisten sind, das verdeutlichen die Privatisierungsanstrengungen in den EU-Staaten eindrucksvoll. Unter erheblichem Druck, staatliche oder öffentlich-rechtliche Unternehmen zu privatisieren, stehen insbesondere solche Länder, die vom Europäischen Stabilitätsmechanismus Hilfskredite erhalten, was wiederum an strenge Sparmaßnahmen gebunden ist. Betroffen von der Zwangsprivatisierung sind auch öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung.

Wasser gehört in der Regel den Städten und Gemeinden, also den Bürgern. Nach dem Willen der EU sollte sich das ändern – wurde jedoch durch die europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ erfolgreich verhindert. Auch der Bundestag hatte sich im Februar 2013 noch mehrheitlich für eine Privatisierung der Wasserwerke ausgesprochen, was hierzulande eine heftige Protestwelle zur Folge hatte und zu einem Einlenken führte.

Laut Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind Anstrengungen, die eine Privatisierung zur Folge haben, genau genommen verboten. Art. 345 des Vertrages sieht nämlich vor, dass die „Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt“ bleibe muss. Im Klartext heißt das, dass die EU keinen Einfluss darauf nehmen darf, wem was in den Mitgliedsländern gehört. Allerdings nimmt sie ihre eigenen Verträge bekanntlich nicht immer so genau.

Wasserqualität hier, Profitstreben dort

Im Fall des Themas Wasserversorgung wurde behauptet, dass Privatisierung zu mehr Wettbewerb führe – und damit zu mehr Transparenz, besserer Wasserqualität und günstigeren Preisen für die Verbraucher. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Ob in Deutschland, Portugal, Frankreich oder Großbritannien: Privatisierungen führten im schlimmsten Fall zu schlechterer Wasserqualität und im besten Fall zu stark steigenden Preisen. Eine andere Folge ist, dass die Preise des nach der Atemluft wohl wichtigsten Gemeingutes plötzlich von Börsenlaunen abhängen. Bemühungen, die Wasserqualität zu halten oder womöglich sogar zu verbessern, geraten da mit dem kurzsichtigen Profitstreben von Konzernen in Konflikt. So bestätigte eine Studie der Universität von Barcelona, dass kein Zusammenhang zwischen der Privatisierung von öffentlichen Diensten und günstigeren Verbrauchskosten besteht. Im Gegenteil: Um Kosten zu sparen, muss die Wasserqualität unter privatem Management oft leiden. Bleibt das Wasser jedoch in öffentlicher Hand, werden Leitungen öfter gewartet und ausgebaut, weil die Profite größtenteils in eine bessere Versorgung gesteckt werden, so das Ergebnis der Studie.

Warum also trieb die EU die Wasserprivatisierung überhaupt voran? Auf welche Meinungen stützte sie ihr Vorhaben? Wie das ARD-Magazin „Monitor“ in seiner Sendung vom 13.12.2012 aufgedeckt hat, waren es Industrie-Lobbyisten, die damals in der Expertenkommission für Wasser das Sagen hatten. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Die übermäßige Präsenz von Wirtschaftsvertretern in Lobbygruppen höhlt die europäische Demokratie à la longue aus. Denn nicht das Volk, sondern Gruppen, die Handlanger der Wirtschaft und des Finanzkapitals sind, nehmen Einfluss. Wo das Geld die Welt regiert, da sind die Lobbyisten Abgeordnete. Abgeordnete freilich, die niemand von uns Bürgern gewählt hat – und die niemand außer ihren Auftraggebern kontrolliert.

Ein deutscher Lobbyist am EU-Rechnungshof

Anfang Februar 2014 spielte sich Skandalöses ab: Deutschland entsandte den CDU-Europaabgeordneten Klaus-Heiner Lehne als Vertreter an den Europäischen Rechnungshof. Der Aufschrei in den Medien änderte nichts daran: Ein berüchtigter Lobbyist ergatterte einen der begehrtesten und bestdotierten Posten in der EU. Für das Amt nominiert hatte ihn Angela Merkel. Was daran skandalös ist? Nun, mit Herrn Lehne prüft jetzt ein hochdotierter Partner der internationalen Anwaltskanzlei Taylor, wohin die Fördermilliarden der EU so fließen. Interessenkonflikte? Ach wo! In der Vergangenheit war verschiedentlich moniert worden, dass Lehnes Entscheidungen nicht immer ganz uneigennützig gewesen seien. Die Organisation LobbyControl, eine Initiative für Transparenz und Demo-

kratie, hatte ihn 2008 mit einem ihrer jährlich vergebenen „Worst EU Lobbing Awards“ zum schlimmsten deutschen Europa-Lobbyisten gekürt“.

Als 2008 im Europäischen Parlament über eine Resolution zur Einführung eines verpflichtenden europäischen Transparenzregisters verhandelt wurde, bremste Lehne das Vorhaben. Anwalt Lehne brachte – natürlich ohne Eigeninteressen – „einen Änderungsantrag ein, wonach ‚Rechtsberatung‘ von Anwälten nicht in das Transparenzregister aufgenommen werden soll“, so LobbyControl. Ein weiterer Fall: Der EU-Rechtsausschuss lehnte im Zusammenhang mit der EU-Tabakrichtlinie „extreme Maßnahmen“ gegen die Tabakindustrie ab. Später kam heraus, dass die Kanzlei des Rechtsausschuss-Vorsitzenden Lehne den Zigarettenhersteller Japan Tobacco International (Hersteller unter anderem der Marke Camel) zu seinen Mandanten zählt. Das berichtete AbgeordnetenWatch, eine Internetplattform, die sich für mehr Transparenz in der Politik einsetzt.

EU umbauen, Euro abschaffen – Nur so kann sich Europa retten!

Währungsunionen sind zum Scheitern verurteilt. Die Faktenlage zeigt in aller Deutlichkeit: Der Euro ist gescheitert und zerstört die europäische Idee. Bevor er unseren in sechs Jahrzehnten hart erarbeiteten Wohlstand komplett vernichtet, sollten wir die aus rein politischen Gründen erfundene Währung zu den Akten legen. Aus ökonomischer Sicht läuft ein Horrorfilm ab. Die Südschiene Europas ist de facto bankrott; sie wird künstlich durch immense Subventionen und brutale Eingriffe in die Wirtschaft am Leben erhalten. Den Preis zahlen massenhaft die Menschen, die arbeitslos werden, verarmen, ihre Wohnungen räumen müssen und sich oft die einfachsten Güter des täglichen Bedarfs nicht mehr leisten können.

Mit der Einführung des Euro ging zudem eine beispiellose Serie von Vertragsbrüchen, Lug und Trug einher. Das ist für eine Währung – etwas, das vornehmlich auf Vertrauen basiert – eine denkbar schlechte und zudem äußerst labile Basis. Obwohl bekannt ist, dass der Länderfinanzausgleich in Deutschland mehr schlecht als recht funktioniert, wurde das Prinzip auf Europa ausgeweitet, womit unabsehbare Entwicklungen in Kauf genommen werden, die uns den Kopf kosten können. Nicht zuletzt bereitet eine falsche Europapolitik den Boden für Extremisten, Separatisten und Nationalisten.

Der Marshallplan könnte ein gutes Vorbild sein

Fakt ist: Die Südländer können und werden ihre Schulden niemals zurückzahlen! Wenn wir den Kern der europäischen Idee lebendig halten wollen, müssen den betroffenen Ländern Schuldenschnitte und Wirtschaftsaufbauprogramme nach dem Vorbild des Marshallplanes eingeräumt werden, der Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf die Beine geholfen hat. Und nicht zuletzt muss der Euro ad acta gelegt werden. Auch auf die Gefahr hin, dass uns der Wiederaufbau eines nachhaltigen und wertschöpfenden Wirtschaftssystems in den strukturschwachen Krisenländern zunächst eine ganze Menge unseres gewohnten Wohlstands kosten wird.

Der bisherige Weg ist der falsche!

Die EU hat sich zu weit von der Realität und den Bürgern entfernt. Nicht von ungefähr laufen Millionen Europäer Sturm gegen die Privatisierung von Wasserrechten, Fracking, Genmais und das Freihandelsabkommen und wehren sich somit gegen Bevormundung und undemokratische Entscheidungen der EU-Politik.

Sie produziert enorme Kosten, verschleudert Steuergelder und ist ein schlechtes Fundament für ein geeintes Europa – politisch und wirtschaftlich. Der aktuelle Weg ist nicht der richtige.

Kein Land sollte seine Souveränität an eine Institution abgeben müssen, die keiner wirklichen Kontrolle unterliegt. Als Ergebnis entscheiden teilweise nicht demokratisch legitimierte Personen zentralistisch und oftmals weltfremd über all unser Schicksal – überspitzt gesagt: was wir essen dürfen, welche Glühbirnen wir verwenden dürfen und wie unsere Gurken auszusehen haben. Ein Kontinent lässt sich nicht per Verordnung vereinheitlichen. Europa lebt von seiner Vielfalt. Aber in jeder Krise steckt bekanntlich auch eine Chance …

Matthias Weik und Marc Friedrich

Marc Friedrich (links) und Matthias Weik (rechts)

Die beiden Ökonomen, Querdenker und Honorarberater **Matthias Weik und Marc Friedrich** haben den Bestseller „Der größte Raubzug der Geschichte – warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“ geschrieben. Dies war das erfolgreichste Wirtschaftsbuch 2012 und 2013 in Deutschland und ist seit vielen Monaten in der Spiegel-Bestsellerliste.

Der Euro spaltet Europa: Schützen Sie sich und Ihre Geldanlagen – jetzt!

Der Euro war eine gute Idee: Überweisungen werden erleichtert, das Reisen wird bequemer, die Länder und Wirtschaftsräume wachsen zusammen, und die Geld- und Wirtschaftspolitik wird besser koordiniert. Eine gute Idee macht aber noch keine gute Tat.

Tatsächlich führte der Euro Länder zusammen, deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politikstrukturen sehr verschieden sind – wobei die Verschiedenheit anderseits auch gut ist, denn gerade Wettbewerb und Vielfalt zeichnen den Kontinent Europa aus.

Heute steht die Politik vor dem Scherbenhaufen, den der Euro bewirkt hat. In den Ländern Südeuropas hatten sich nach der Euro-Einführung aufgrund der plötzlichen Verfügbarkeit günstiger Kredite Blasen im Immobiliensektor und im öffentlichen Bereich gebildet – hunderte Milliarden sind fehlinvestiert worden.

Jetzt sind die Blasen geplatzt. Die Wirtschaft liegt darnieder; die Arbeitslosigkeit ist hoch, und es zeichnet sich keine nennenswerte Besserung ab.

Die Länder ersticken unter dem Euro-Deckel

Nun könnte man meinen, die Anpassungsprozesse kämen gut voran. Tatsächlich sind etwa die Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Länder geschrumpft. Die Politik setzt auf die „innere Anpassung“, die nicht durch die Währungsabwertung, sondern durch Senkung vor allem von Löhnen erfolgt. Sie gestaltet sich aber sehr schwierig und bleibt unvollständig. Meist wird nur auf die Lohnstückkosten geachtet, aber die Anpassungen müssten eigentlich viel umfassender sein.

Denn wenn beispielsweise Griechenland eine eigene Währung gehabt und diese massiv abwertet hätte, wären die Effekte viel weitreichender gewesen. So wären beispielsweise die inländischen Ersparnisse mit abgewertet worden und damit die Last, sie zu bedienen, reduziert.

Leistungsbilanz Deutschlands, Anteil am BIP in Prozent, 1993 bis 2013

Durch die Euro-Einführung kam es zu einem hohen Leistungsbilanzüberschuss.

Quelle: Weltbank, eigene Darstellung

Auch der öffentliche Sektor wäre, in Fremdwährung gemessen, deutlich geschrumpft und damit die Steuerbelastung des privaten Sektors.

So lebt Griechenland weiter mit einem Euro, der für dieses Land viel zu hoch bewertet ist. Ähnliches gilt für andere südeuropäische Länder einschließlich Italien und Frankreich. Auch für sie ist der Euro falsch bewertet. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und sorgt für einen schleichenden Kollaps der Industrieproduktion – in allen betroffenen Ländern liegt sie mittlerweile deutlich unter dem Niveau vor der Euro-Einführung.

Die nachfolgende Schätzung auf Basis einer Kalkulation von Morgan Stanley zeigt das Ausmaß der Fehlbewertung des Euro für einige ausgewählte Euro-Länder (bei einem unterstellten Euro-Dollar-Kurs von 1,38):

Fehlbewertung des Euro für

- Deutschland -9,2%
- Irland -0,7%
- Spanien 8,7%
- Frankreich 12,2%
- Italien 16,9%
- Griechenland 35,3%

Die Übersicht verdeutlicht, dass der Euro für die verschiedenen Länder auf unterschiedliche Weise fehlbewertet ist! Für Griechenland ist er 35 Prozent überbewertet, für Deutschland hingegen 9 Prozent unterbewertet. Das Problem ist eigentlich kaum lösbar.

Auch für Deutschland, wo auf den ersten Blick die wirtschaftlichen Verhältnisse gut aussehen, bleibt die Fehlbewertung des Euro nicht folgenlos. Zum einen begünstigt sie die Exportindustrie zu Lasten der anderen Sektoren. Zum anderen führt sie zu einem großen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands.

Schützen Sie sich – aber richtig!

Der anhaltende Leistungsbilanzüberschuss ist besonders für Sparer problematisch. Denn meistens wurden mit dem Überschuss keine Sachwerte erworben, sondern Forderungen. Sie bestehen gewissermaßen gegen leerstehende Immobilien in Spanien oder gegen das Beamtenheer in Griechenland. Die Nettoauslandsposition Deutschlands liegt bei etwa 1.200 Mrd. Euro.

Vieles davon wird nicht vollständig bedient werden und Sparern und gegebenenfalls Steuerzahlern Verluste bereiten. Schützen Sie sich mit Sachwerten, insbesondere mit Gold und Silber!

Herzlichst Ihr

Dimitri Speck, Chefanalyst *Sicheres Geld* Deutschland